

## EDITORIAL



Foto: Anne Hütrig

### LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN!

»Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...« – so könnte Goethe seinen Oster-Spaziergang heute nicht mehr beginnen lassen. Schnee war bei uns in diesem Winter mal wieder Mangelware und zu trocken war es insgesamt auch.

Der Klimawandel ist auch bei uns in Niedersachsen ganz konkret spürbar. Daran müssen wir uns und andere auch immer wieder erinnern, wenn es um die notwendigen Veränderungen geht.

In Niedersachsen wollen wir einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten, vor allem durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das ist gut für den Klimaschutz, aber auch gut für die Wirtschaftskraft in unserem Land. Arbeit und Umwelt also, made in Niedersachsen.

In diesem Sinne:  
Schöne Ostern!

Euer

*Stephan Weil*

Stephan Weil  
Landesvorsitzender

# GEMEINSAM FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

Der März stand ganz im Zeichen starker Frauen.

Von Daniel Voigt

»Umarme die Gerechtigkeit« lautete die Überschrift des diesjährigen Internationalen Frauentags – und Saskia Esken ging bei diesem Motto mit gutem Beispiel voran. Besonders herzlich begrüßte die Vorsitzende der Bundes-SPD den niedersächsischen Landeschef Stephan Weil beim 4. Frauenkongress #empowHER in Hannover, der wie jedes Jahr kurz vor dem Internationalen Frauentag Anfang März stattfand.

Gemeinsam mit Niedersachsens neuem Gleichstellungsminister Dr. Andreas Philippi schlenderten die beiden Parteivorsitzenden über die Netzwerkmesse. An zahlreichen Ständen informierten befreundete Organisationen, Institutionen und Vereine über ihre



Saskia Esken, Vorsitzende der Bundes-SPD.

Fotos (3) Philipp Schröder

Arbeit und luden zur Diskussion ein. Mit dabei waren unter anderem die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die AWO Niedersachsen oder die Diakonie.

In seiner Eröffnungsrede rief Stephan Weil vor rund 200 überwiegend weiblichen Teilnehmenden für mehr Sichtbarkeit von Frauen innerhalb der SPD auf: »In der neuen Landtagsfraktion sind wir leider noch immer weit von Parität entfernt, weil in den Wahlkreisen Männer aufgestellt und dann gewählt werden. Wir brauchen deutlich mehr



SPD-Landesvorsitzender Stephan Weil.

junge Frauen, die auch Abgeordnete werden wollen. Lauft euch warm, wir brauchen euch. Das ist notwendig, damit wir aus dem alten Trott herauskommen.« Hierzu werde er das Gespräch mit dem Landesvorstand und den Bezirksvorständen suchen, sagte der SPD-Landeschef.

Die Bundesvorsitzende Saskia Esken kritisierte in ihrem Grußwort die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Noch immer verdienen Frauen heute rund 18 Prozent weniger als Männer. »Wir brauchen eine Entgelttransparenz auch in kleineren und mittleren Unternehmen. Das ist die Grundvoraus-

setzung, um die erheblichen und empörenden Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen abzustellen.«

Gleichstellungsminister Dr. Andreas Philippi verwies auf die laufende Überarbeitung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes, das unter anderem die paritätische Besetzung in allen Gremien von landeseigenen Betrieben und Behörden sowie eine Neuregelung des Beurteilungssystems im öffentlichen Dienst vorsieht.

Im Anschluss an die Gastreden diskutierte Philippi mit der Bundestagsabgeordneten Cansel Kiziltepe, Niedersachsens Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Wiebke Osigus und der gleichstellungspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Dr. Thela Wernstedt, welche Umstände Frauen in ihrer Karriere ausbremsen und wie moderne Gleichstellungspolitik diese Hürden abbauen kann.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Dörte Liebethuth bot anschließend eine Führung durch den Landtag an. Dabei erhielten die interessierte Kongressteilnehmenden spannende Einblicke hinter die Kulissen des Parlaments.

Nach dem offiziellen Programm gab es in geselliger Atmosphäre noch ausreichend Zeit für angeregte Diskussionen. Die SPD Niedersachsen freut sich auf den 5. Frauenkongress im kommenden Jahr. ■



Stephan Weil, Saskia Esken und Dr. Andreas Philippi im Gespräch mit Moderatorin Lea Groneberg.



Timo Wölken ist Mitglied des Europäischen Parlaments.

Foto: Jonathan Fafengut

## DIE ZWEI SEITEN KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

Künstliche Intelligenz ist hilfreich – und kann riskant sein. Damit wir die Vorteile, die sie bietet, nutzen können, braucht es politische Regulierung.

»Freie politische Meinungsäußerung ist ein wichtiger Teil unserer Demokratie. Sie gibt den Bürgern eine Stimme und ermöglicht es, über politische Angelegenheiten zu informieren und zu diskutieren.« – ein Satz, der so in ziemlich vielen politischen Reden vorkommen könnte. Und doch ist er besonders.

Denn er stammt nicht aus meiner Feder, sondern aus der einer Künstlichen Intelligenz (KI). Meine gesamte Rede zur Regulierung politischer Werbung, die ich Anfang Februar im EU-Parlament gehalten habe, habe ich von ChatGPT schreiben lassen. Eine Sprach-KI, wie sie vielen von euch bestimmt häufig im Alltag begegnet ist, zum Beispiel als Angebot im Kundenservice. Ein Chatbot, der das Leben vieler Menschen leichter macht – theoretisch.

Praktisch birgt aber jede KI einen unsichtbaren Bias, eine Schlagseite,



bedingt durch die Datensätze, aus denen sie ihre Kommunikation zusammensetzt. Die Auswahl, Anzahl und Inhalte der Daten sind immer ein Stück weit subjektiv, und diese Subjektivität transportiert sich letztlich auch in die Texte, die die KI generiert. Je nach Datengrundlage kann der Text einer KI Menschen diskriminieren, Rassismus schüren oder Propaganda verbreiten.

Auf diese Gefahr müssen wir politisch reagieren. Denn wie meine Rede

zeigt, ist es keineswegs immer auf den ersten Blick ersichtlich, ob hinter einer Rede, einem Artikel oder einem Post ein Mensch oder eine KI steckt.

Deshalb diskutieren wir auf EU-Ebene gerade die sogenannte KI-Verordnung. Am Ende soll dieses Gesetz meiner Überzeugung nach Grundprinzipien wie Diskriminierungsfreiheit und Transparenz vorschreiben. Keine KI sollte unrechtmäßig auf den Europäischen Markt kommen dürfen! ■

## INDUSTRIESTROMPREIS IST SCHLÜSSEL FÜR ERFOLGREICHE TRANSFORMATION

### TERMINE

**ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG DER SPD NIEDERSACHSEN**

**SAMSTAG, 24. JUNI 11:00 UHR**

**Sparkassen-Arena Aurich**

Emder Straße 4  
26603 Aurich

Die Veranstaltung wird zusätzlich als Livestream verfügbar sein.



Bernd Westphal MdB

Foto: privat

Die hohen Energiepreise sind nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger eine große Belastung. Auch die Industrie ächzt unter den steigenden Kosten. Wirtschaftsfachleute befürchten bereits ein Abwandern von energieintensiven Unternehmen – und damit auch von Arbeitsplätzen aus Niedersachsen. Bernd Westphal, Bundestagsabgeordneter für Hildesheim und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, erklärt, worauf es jetzt ankommt.

**Vorwärts: Welche Rolle spielt der Strompreis für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen?**

**Bernd Westphal:** Bezahlbare Energiepreise sind eine elementare Voraussetzung für unsere industrielle Wettbewerbsfähigkeit. Momentan ist die Pro-

duktion in vielen Branchen wegen der hohen Stromkosten kaum rentabel. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen sich akute Sorgen um ihre Zukunft. Niedersachsen ist davon als großes Industrie- und Agrarland in besonderer Weise betroffen. Denken wir beispielsweise an Volkswagen, die Glasindustrie im Weserbergland, die Chemieindustrie oder auch Metallbearbeitung und Gießereien in meinem Wahlkreis.

**Wie kann eine Lösung aussehen?**

Wir brauchen schnell einen konkurrenzfähigen Industriestrompreis, der die gegenwärtigen Wettbewerbsnachteile dauerhaft ausgleicht. Das sichert die gut bezahlten Arbeitsplätze in unserem Land und gibt den Unternehmen Planungssicherheit. Viele Firmen meiden derzeit Investitionen in ihre Produktionsketten, obwohl diese dringend notwendig wäre. Wir müssen ja schnellstmöglich weg von Gas und Kohle kommen. Der hohe Strompreis ist zur Transformationsbremse geworden, die wir uns nicht leisten können – weder ökologisch noch ökonomisch.

**Was ist damit gemeint?**

Um langfristig klimaneutral und erfolgreich zu wirtschaften, muss unsere Industrie voll auf Strom aus erneuerbaren Energien setzen. In vielen Industrien kön-

nen wir Gas und Kohle durch eine beschleunigte Elektrifizierung von Prozessen und einer verstärkten Nutzung von Wasserstoff ersetzen. Das gelingt aber nur, wenn die Unternehmen jetzt entsprechend investieren und Strom auch finanziell die bessere Alternative ist.

**Wie muss diese Industriestrompreisbremse ausgestaltet sein?**

Hier ist Pragmatismus gefragt. Der Industriestrompreis muss branchenoffen sein, energieintensive mittelständische Unternehmen ebenso entlasten wie große Industriekonzerne. Die Höhe sollte sich an den Konditionen am Weltmarkt orientieren, um mit China oder den USA konkurrieren zu können. Wichtig ist, dass der Industriestrompreis eine langfristig verlässliche Perspektive bietet. Investitionen werden meist mit Blick auf die Energiepreisentwicklung der kommenden Jahrzehnte getroffen. Unternehmen müssen wissen, dass sie sich auf den Strom verlassen können.

**Gibt es bei der Umsetzung rechtliche Hürden?**

Das deutsche Recht lässt das eindeutig zu. Auch auf europäischer Ebene sehen wir keine unüberwindbaren Hemmnisse. Ein nationaler Industriestrompreis ist mit EU-Beihilferecht kompatibel, wie das Beispiel Frankreich zeigt. ■

### Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen  
V.i.S.d.P.: Axel Rienhoff  
Redaktion: Daniel Voigt  
Anschrift: Odeonstraße 15/16,  
30159 Hannover  
E-Mail: vorwaerts@spdnds.de  
Layout & Satz: Anette Gilke